

Preußen, ein Vorbild für Kultur und Lebensform

Ein Vortrag Erhardt Bödecker



Verehrte Damen und Herren, in den vergangenen 50 Jahren haben Politik, Wissenschaft, Schulen und Medien die deutsche Geschichte weitgehend auf die Zeit des Nationalsozialismus verkürzt. Die geschichtlichen Ereignisse, die dieser Zeit vorangegangen waren, wurden mit der Behauptung einer geschichtlichen Kontinuität als Vorläufer zu der Zeit des Nationalsozialismus betrachtet. Fakten und Zahlen wurden elegant umschiffert, so daß sich angesichts der mit Geschichtskennntnissen leider nur knapp ausgestatteten deutschen Bildungsschicht ein unzureichendes, sogar ein falsches Bild von der deutschen Geschichte verfestigen konnte.

Professor Wolfgang J. Mommsen schrieb in der Frankfurter Rundschau am 1. Dezember 1986, daß sich historische „Forschung“ in Deutschland an den Grundwerten einer demokratischen Parteiendemokratie zu orientieren hätte. Diese Vorgaben seien auf eine politischen Absicht zurückzuführen. Der preußische Staat, so Mommsen weiter, sei daher zur Unperson erklärt worden. Man habe ihn aus der politischen und geschichtlichen Diskussion ausgeklammert. Charakteristisch die Erklärung Roosevelts vor dem amerikanischen Abgeordnetenhaus am 17. September 1943: „Wenn Hitler und die Nazis verschwinden, muß sogleich die kriegslüsterne preußische Bande in Deutschland ausgerottet werden“.

Der richtige Orientierungsmaßstab sollte dagegen nicht die politische Absicht, sondern die Bibel sein: Dort heißt es in Matthäus Kapitel 7: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. Trauben kann man nicht von Dornen und Feigen nicht von Disteln ernten.“ Dieses Gebot der Bibel entspricht der Forderung von Otto Braun, dem letzten preußischen Ministerpräsidenten der Weimarer Zeit. Er äußerte 1947 in einem Brief aus seinem Schweizer Exil: „Dem international grassierenden Antipreußenkoller können wir nur mit Fakten, wirklich nur mit Fakten, begegnen.“ Nun gehört der Umgang mit Zahlen, und sie sind eine erstrangige Faktenquelle, nicht zu den bevorzugten Beschäftigungen von Historikern. Das gilt zwar weltweit, aber im besonderen Maße für deutsche Historiker. Wenn ein bekannter deutscher Historiker in einem zweibändigen Werk über das Kaiserreich von einer 20 prozentigen Geldentwertung spricht, statt für den angegebenen Zeitraum die jährliche Inflationsrate mit 0,48 % Prozent anzugeben, dann zeigt das entweder seine Unkenntnis von Zinseszinsrechnung oder, was wahrscheinlicher ist, die Absicht zu einer politisch- ideologisch erwünschten Darstellung. Die Bundesrepublik Deutschland hatte in einem gleichen Zeitraum, nämlich von 38 Jahren, gemeint sind die Jahre von 1962 – 2000, eine jährliche Inflationsrate von 3,14 %. Im Vergleich dazu sind 0,48 % eine wirtschaftlich zu vernachlässigende Größenordnung. Auch die Frage der Staatsverschuldung wird aus ideologischen Gründen von Historikern bewußt undeutlich oder sogar falsch dargestellt. Pro Kopf der Bevölkerung hatte Deutschland mit Abstand die geringste Staatsverschuldung in Europa. Nach Kaufkraft und Preisindex umgerechnet betrug die echte Staatsverschuldung im Jahre 1912 pro Einwohner 1.603 €. Die gegenwärtige Staatsschuld (ohne die stillen Schulden) beträgt dagegen 16.585 € pro Einwohner, ist also über 10 mal so hoch. Und diese hohe Staatsverschuldung wird heute von einer extrem hohen Steuerbelastung begleitet. Die Steuerbelastung pro Kopf in der Bundesrepublik Deutschland beträgt etwa das 20fache der durchschnittlichen Steuerbelastung des Jahres 1912. In runden Zahlen: 500 € 1912 gegenüber 10.000 € 2004. Und es hat im Kaiserreich immer wieder ernsthafte Bemühungen gegeben, wir wissen das aus den Protokollen des Reichstags, diese Staatsverschuldung durch staatliche Einsparungen zu reduzieren. Heute wird nur noch

über die Höhe der jeweiligen jährlichen Neuverschuldung gesprochen. Kann diese Einstellung zu Schulden nicht ein preußisches Vorbild für unsere heutige Lebensform sein?

Nach Jahrhunderten der Zersplitterung und Teilung Deutschlands erlangte endlich auch Deutschland im Jahre 1871 seine Einheit. In alter Tradition erhielt der neue deutsche Bund, der aus 25 Ländern und Städten bestand, auf Wunsch Bismarcks den Namen „Deutsches Reich“, zum Bundespräsidenten wurde der preußische König auf Lebenszeit mit dem erblichen Titel „Deutscher Kaiser“ gewählt. Auch Deutschland erfreute sich jetzt der staatlichen Einheit, die in England und Frankreich schon seit 1453, dem Ende des sogenannten 100jährigen Krieges, bestand. 400 Jahre hatten diese beiden Staaten Zeit, sich als Nationen staatlich und wirtschaftlich zu entwickeln. Man erwartete und verlangte von Deutschland eine gleiche Entwicklung innerhalb von noch nicht einmal 40 Jahren. Der französische Außenminister Jules Bastide stellte am 20. August 1848, dem Jahr der sogenannten demokratischen Revolution, fest: „Wir werden die nach Einheit strebenden demokratischen Kräfte in Deutschland bekämpfen. Deshalb werden wir die deutschen Fürsten unterstützen und keinen Gesandten einer deutschen demokratischen Zentralgewalt empfangen“. Die Aufrechterhaltung der deutschen Teilung gehörte jahrhundertlang zum Staatsziel der französischen Politik. Auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Mit der Erfindung der Dampfmaschine, der größten technischen Revolution in der Menschheitsgeschichte, hatte Anfang des 19. Jahrhunderts die Industrialisierung in England begonnen. Der in Reutlingen geborene Professor Friedrich List erahnte die kommende Entwicklung und forderte schon 1819: „Die wachsende Macht Amerikas und die Vergrößerungssucht Rußlands gebieten einen einheitlichen Wirtschaftsraum in Deutschland und später in Europa.“ Preußen erließ in Erkenntnis dieser Lage seine Steuer- und Zollgesetze von 1818. An die 200 Binnenzölle wurden in Preußen beseitigt. Statt dessen wurden Durchgangszölle erhoben. Preußen grenzte an 28 Staaten, die nun durch diese Durchgangszölle belastet waren. Denn ohne Berührung preußischen Gebietes konnten keine Waren aus diesen Staaten transportiert werden. Daher schlossen sich andere deutsche Staaten bis 1834 dem preußischen Zollsystem an, es kam zum Deutschen Zollverein unter preußischer Führung. Ein Verdienst der preußischen Bürokratie. Jetzt konnte sich die industrielle Entwicklung in Deutschland endlich frei entfalten. Handel und Industrie nahmen überall zu. Der Deutsche Zollverein war die Vorstufe zunächst für den Norddeutschen Bund und später für die Einigung Deutschlands unter preußischer Führung, es war die Vorstufe zum Aufstieg Deutschlands zur ersten Wirtschafts- und Wissenschaftsnation in Europa.

Die Überwindung der zum Teil recht heftigen politischen und landsmannschaftlichen Gegensätze in Deutschland erforderte von der kaiserlichen Regierung nicht nur eine erhebliche Anstrengung, sondern auch ein gerütteltes Maß an Regierungsgeschick. 25 Städte und Länder mußten 1871 unter einen Hut gebracht werden. 1866 hatten einige von ihnen im preußisch-österreichischen Krieg noch gegeneinander gekämpft. Sie waren an Selbständigkeit gewöhnt. Jetzt mußten sie sich einordnen. Der bekannte amerikanische Historiker, der den deutschen Namen Otto Pflanze trägt, hat in seiner großen Bismarck-Biographie diese Situation wie folgt umschrieben: „Die Hindernisse, die einer nationalen Einigung in Deutschland entgegenstanden, hatten regionale, kulturelle, religiöse und soziale Ursachen. Seit der Reformation hatten sich in allen großen Kriegen auf dem europäischen Festland deutsche Staaten mit außerdeutschen gegen ihre deutschen Nachbarn verbündet. Auch den nationalen Minderheiten war zuzutrauen, daß sie im Verein mit auswärtigen Mächten den Bestand des Deutschen Reiches bedrohten.“ Ende des Zitats.

Von diesen Gegensätzen wären in erster Linie zu nennen:

- Die Gegensätze von Protestanten und Katholiken,

- der Antagonismus von Sozialismus und Marktwirtschaft,
- die Verschiedenheit der Mentalitäten in Nord und Süd, in Ost und West,
- ferner waren die Minderheitenprobleme von Polen, Dänen und Lothringern zu beachten.

Doch die wichtigste soziale Veränderung war der Übergang von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft. Denn dieser Übergang erzeugte ein großes Potential von jungen, leicht beeinflussbaren Industriearbeitern, die vorwiegend aus den ländlichen Gebieten kamen, wo sie in Folge der zunehmenden Mechanisierung der Landwirtschaft und des gleichzeitigen Geburtenüberschusses keine Arbeit mehr finden konnten.

Der englische Premierminister Disraeli meinte nach der Erlangung der deutschen Einheit 1871, daß die bisherige europäische Außenpolitik nun nicht mehr gültig sei. Der französische Ministerpräsident Adolphe Thiers stellte in ähnlicher Mentalität fest, daß die deutsche Einigung ein Attentat gegen Europa sei.

Die Lösung dieser schwierigen internationalen und nationalen Folgen der deutschen Einheit wurde zusätzlich durch einen gewaltigen Geburtenüberschuß erschwert: 600.000 Menschen kamen jährlich von 1871 – 1914 hinzu. Die Bevölkerung wuchs von 40 Millionen auf 67 Millionen an. Zwei Drittel der deutschen Bevölkerung waren 30 Jahre und jünger. Reichskanzler Graf Leo von Caprivi, der Nachfolger Otto von Bismarcks, sagte vor dem Reichstag am 10. Dezember 1891: „Wir müssen exportieren: entweder wir exportieren Maschinen oder wir exportieren Menschen. Mit dieser steigenden Bevölkerung sind wir ohne eine gleichmäßig zunehmende Industrie nicht in der Lage, weiter zu leben.“ Das Deutsche Reich durchlebte einen dramatischen Bevölkerungszuwachs. Trotzdem hatte Deutschland

- mit 0,9 % die geringste Analphabetenquote
- mit 1 – 2 % die geringste Arbeitslosigkeit
- mit 54 Goldmark pro Kopf die geringste Steuerbelastung (1913) in Europa
- die geringste Staatsverschuldung
- das höchste Bildungsniveau
- mit 20 Nobelpreisträgern das höchste Wissenschaftsniveau
- die Führerschaft auf allen industriellen High-tech Gebieten (Chemie, Optik, Elektrizität, Spezialmaschinenbau)
- mit 87 % Weltmarktanteil in Chemie die absolut Führende Stellung der Chemie in der Welt.

In seiner bekannten Bismarck-Biographie stellt Professor Lothar Gall aus Frankfurt fest, daß Preußen- Deutschland die modernste und effektivste Wirtschaftsverfassung der Welt gehabt habe. Die bismarck'sche Regierung verfolgte mit Ihrer Marktwirtschaft einen Mittelweg, sie lehnte es ab, Deutschland dem Sozialismus auszuliefern, aber ebenso weigerte sie

sich, dem unsozialen Liberalismus unbeschränkt die Tür zu öffnen. Auch auf diesem Gebiet war Deutschland der modernste Staat in der Welt. Es fällt uns Heutigen schwer, den Vorbildcharakter des preußisch-kaiserlichen Systems für Mensch und Wirtschaft zu erkennen. Es war ein System, das sowohl den Menschen wie auch dem Staat zum Vorteil

gereichte und eine für uns heute kaum noch vorstellbare Vielfalt in den öffentlich geäußerten Meinungen zuließ.

Nicht ganz 2/3 der Bevölkerung, demnach rund 42 Millionen Menschen, waren 30 Jahre oder jünger. Das Kaiserreich hatte eine sehr junge Bevölkerung, und das gilt auch noch für die Weimarer Zeit. Das international begehrte Produkt „made in Germany“ (seit 1887) wurde von jungen Menschen hergestellt. Heute beträgt der Anteil von jungen Menschen nur noch knapp 1/3 oder 27 Millionen. Bei gleichem prozentuaem Anteil wie im Deutschen Kaiserreich fehlen in der Bundesrepublik Deutschland heute 21 Millionen junge Menschen. Diese Zahl verdeutlicht das eigentliche Problem der Bundesrepublik Deutschland. Der deutsche Volkskörper hat in den letzten 30 Jahren einen größeren Verlust erlitten als im Zweiten Weltkrieg. Außerdem fand damals die größte Binnenwanderung in der deutschen Geschichte statt. Jeder zweite Deutsche lebte nicht an seinem Geburtsort. Die Wirtschaftstheoretiker nennen das heute: Mobilität. Von den 20- bis 30jährigen waren 12 % der gesamten Bevölkerung oder 85 % des jeweiligen Jahrgangs erwerbstätig. In der Bundesrepublik sind es gerade noch 8 %. Dieses fundamentale Problem Deutschlands wird in der gegenwärtigen Politik kaum beachtet, noch weniger besprochen.

Die Bismarck-Regierung hat sich von den unvergleichlichen Schwierigkeiten und Problemen nicht daran hindern lassen, sogar eine Arbeiterschutzversicherung einzuführen, die sich auf das Deckungsprinzip stützte und nicht auf das gegenwärtige Umlageprinzip. Der Staat leistete einen wesentlichen Beitrag zur notwendigen Anschubfinanzierung. Es ist irreführend, wenn heute der Eindruck erweckt wird, als wenn schon Bismarck unser heutiges marodes Umlageverfahren innerhalb der Sozialversicherung eingeführt hätte. Gegen Finanzminister Fritz Scheffer und Wirtschaftsminister Ludwig Erhard schaffte Adenauer die letzten Rudimente einer Kapitaldeckung der Rentenversicherung ab und stellte auf ein umlagenfinanziertes System um. Das treibt heute die Lohnnebenkosten in schwindelnde Höhe. In völliger Verkennung der Situation wurden zusätzlich die Altersgrenzen flexibilisiert, so umschrieb man semantisch verfälschend diesen wirtschaftspolitischen Irrsinn. Die Unternehmen haben hiervon reichlich Gebrauch gemacht, indem sie die Lösung ihrer inneren personalen Probleme mit einer Frühverrentung auf Kosten der Allgemeinheit suchten.

Warum dem Deutschen Kaiserreich in der gegenwärtigen historischen und politischen Literatur Eigenschaften unterstellt werden, die zu seinen

wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Erfolgen im krassen Widerspruch stehen, hat keine anderen als politische und ideologische Ursachen. Militarismus, obrigkeitstaatliche und autoritäre Verformung des Volkes hätten nämlich dem wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Erfolg des Kaiserreichs geradezu entgegengestanden. Der englische Wirtschaftsphilosoph Herbert Spencer (1820-1903) stellte schon zu seiner Zeit fest, daß in einem obrigkeitlichen und militanten Staat keine leistungsfähige Wirtschaft entstehen könne. Trotz intensiver Beschäftigung mit diesem Thema, ist es mir bis heute nicht gelungen, eine Erklärung dafür zu finden, warum sich Abiturienten und selbst akademisch gebildete Menschen von diesen ideologischen und unbewiesenen Behauptungen über das Kaiserreich so leicht manipulieren lassen.

Von der internationalen Wissenschaft als der bedeutendste Philosoph der neueren Zeit wird der Preuße Immanuel Kant aus Königsberg eingeschätzt. Er verehrte seinen König Friedrich, und umgekehrt ließ dieser Kant durch seinen Kultusminister Karl Abraham Freiherr von Zedlitz jede mögliche Förderung angedeihen. Dieser Philosoph mit seinen umwälzenden und eigenwilligen Gedanken wurde im friderizianischen Staat nicht nur geduldet, sondern sogar gefördert. Schon als Student distanzierte sich Kant von dem Herdentrieb der Menge und verurteilte „den Troß der Nachbeter“. Er übernahm die Forderung des berühmten römischen Dichters Horaz: „Sapere aude“ und übersetzte diesen Ausspruch mit den Worten: „Habe den Mut zum eigenen Urteil“. Ein eigenes Urteil setzt allerdings Kenntnisse voraus. Doch Geschichtskennntnisse, die ein eigenes Urteil

ermöglichen, haben heute nicht einmal mehr Politiker oder Regierungsbeamte, obwohl Kenntnisse zumindest über die Vergangenheit desjenigen Staates, den sie regieren sollen, unentbehrlich sind. Deswegen legten die preußischen Könige auf Geschichtskennntnisse bei ihren Beamten den größten Wert. Doch kehren wir zu dem berühmten Ausspruch Kants vom 15. Dezember 1783 über die Aufklärung zurück. Treffender und überzeugender könnte die gegenwärtige Situation nicht dargestellt werden als mit jenen Worten Immanuel Kants: „Faulheit ist die Ursache, warum ein so großer Teil der Menschen zeitlebens unmündig bleibt; und warum es anderen so leicht wird, sich zu deren Vormündern aufzuwerfen. Es ist so bequem, unmündig zu sein. Habe ich ein Buch, das für mich Verstand hat, einen Seelsorger, der für mich Gewissen hat, einen Arzt, der für mich die Diät beurteilt, so brauche ich mich nicht selbst zu bemühen. Ich habe es nicht nötig zu denken. Andere werden das verdrießliche Geschäft schon für mich übernehmen. Jene Vormünder, die die Oberaufsicht über die unmündigen übernommen haben, gestatten keinen Schritt außerhalb des Gängelwagens, in den sie die Unmündigen einsperren. Sie zeigen Ihnen die Gefahr, die Ihnen drohet, wenn Sie es versuchen sollten, allein zu gehen. Es ist für jeden einzelnen Menschen schwer, sich aus der ihm zur Natur gewordenen Unmündigkeit herauszuarbeiten.“ Setzen wir für Vormünder, Oberaufsicht und Gängel

wagen Fernsehen, Presse und Geschichtsbücher, dann können wir diese Definition Kants von der Aufklärung nahtlos auf die heutigen Zustände übertragen. Ein anderer berühmter Vertreter der Aufklärung war Johann Gottfried Herder, ebenfalls ein Preuße, Theologe und Geschichtsphilosoph, der die Sturm- und Drangperiode der deutschen Klassik vorbereitet hatte. Unnachahmlich sagte er: „Menschenrechte können nicht ohne Menschenpflichten genannt werden.“

Meine Damen und Herren, mit diesem kleinen Ausflug in die preußische Aufklärung sollte daran erinnert werden, daß Christian Thomasius, Christian Wolff, August Hermann Francke, Immanuel Kant, Johann Gottfried Herder, Moses Mendelsohn, Gotthold Ephraim Lessing die geistigen Grundlagen des preußischen Staates geprägt haben. Nur wer versteht, daß die preußische Bildung das eigene Urteil, gar die Eigenständigkeit des Menschen und seine Selbständigkeit durch solide Kenntnisse zum Ziel hatte, wird diesen Staat verstehen können.

Ausgerechnet eine amerikanische Historikerin, nämlich Margaret Lavinia Anderson, hat erst kürzlich in einem beachtenswerten Buch auf die Irrtümer deutscher Professoren bei der Beurteilung des Kaiserreichs aufmerksam gemacht. Innerhalb der Kommunalverwaltung sei die Mitwirkung der Bevölkerung stärker ausgeprägt gewesen und gefördert worden als in den Musterdemokratien England oder den USA. Professor Peter Baumgart, ein namhafter Historiker auf dem Gebiet der preußischen Geschichte, monierte schon 1981 das Fehlen von Vergleichszahlen zwischen England, Frankreich und Preußen- Deutschland. Trotzdem ist seither in der historischen Wissenschaft in Deutschland nichts geschehen. Man scheut die Vergleichszahlen wie der Teufel das Weihwasser. Zum ersten Mal seit 1945 werden umfangreiche Vergleichszahlen auf vielen Gebieten in meinem Buch „Preußen und die Wurzeln des Erfolgs“ veröffentlicht. Historiker und Politiker benötigen nur noch die Fähigkeit, diese statistischen Zahlen zu interpretieren. Nach Professor Gerhard A. Ritter ermangelt es jedoch den meisten Professoren an dieser Fähigkeit.

Ein junges, gut ausgebildetes, fleißiges und diszipliniertes Volk eroberte sich die internationalen Märkte, die von den etablierten Mächten beansprucht und zu Unrecht als ihre ureigene Domäne betrachtet wurden. In den fortschrittlichen Zukunftstechniken wie Elektrizität, Chemie, Optik, Maschinenbau und Feinmechanik hatte Deutschland England schon längst den Rang abgelaufen. Ebenfalls in der Stahl- und Eisenerzeugung. Die erste synthetische Farbe wurde von dem deutschen Chemiker Hoffmann hergestellt. Deutschland beherrschte 87 % des Weltmarktes der Chemie. Noch 1950 wurde in den USA die Kenntnis der deutschen Sprache für die Zulassung zum Chemiestudium gefordert. Mit synthetischen Farben und Fasern, mit Kunststoffen, mit Arznei und

Düngemitteln aus Kohle, Wasser, Kalk und Luft stießen die deutschen Wissenschaftler die Tür zu

einem neuen Zeitalter auf, dem Zeitalter der Chemie. Begriffe wie Perlon und Dralon, Plexiglas, Styropor, Buna und Moltopren, Indanthren und Agfacolor, Aspirin, Salvarsan und Bayer 205 wurden weltweit geläufige Begriffe, die fast zur Alltagssprache geworden sind. Besonders die USA und England neideten Deutschland diese herausragende Stellung. Sie raubten die Früchte deutscher Wissenschaft sowohl nach dem Ersten wie auch nach dem Zweiten Weltkrieg. Und damit sind wir bei der ersten Ursache für die von allen bewunderte Fähigkeit des Deutschen Reiches, Arbeitsplätze zu schaffen.

Preußen-Deutschland war das führende Land der Bildung, Ausbildung, Fortbildung und Wissenschaft. Der Kurfürst Friedrich III., der sich 1701 zum König in Preußen krönte, gründete 1694 die Hallesche Universität und räumte dem Waisenhaus von August Hermann Francke, der Franckeschen Stiftung in Halle, zahlreiche Privilegien ein, um dessen Lebensfähigkeit zu erleichtern. Lesen, Schreiben, Rechnen und Naturkunde verbanden sich mit Bescheidenheit, Ordnung, Pünktlichkeit, Fleiß und Standfestigkeit: „Gott zur Ehr und zu des Landes Bestem“ war die Maxime dieses Ausbildungssystems.

Auch unter den großen Reformen des Bildungswesens in der Epoche Humboldt/Altenstein Anfang des 19. Jahrhunderts, es war die Zeit vor und nach der Beendigung der Kriege gegen Napoleon, änderte sich an diesen Bildungsgrundsätzen nichts. Die Dreigliederung der Ausbildung in Volksschule, Gymnasium und Universität baute inhaltlich auf diesen Gedanken auf. Das gilt auch für die Schulkonferenz vom Jahre 1900, in der unter Ministerialdirektor Friedrich Althoff, dem größten deutschen Bildungspolitiker, die Schulen grundlegend reformiert wurden. Das Ergebnis dieser Schulkonferenz war gültig bis 1963, es überdauerte Kaiserreich, Weimarer Republik, Nationalsozialismus und die ersten Jahre der Bundesrepublik Deutschland. Auf das unverzeihliche Versäumnis der deutschen Bildungspolitik seit 1964 hat der ehemalige Bundespräsident Johannes Rau in einer seiner großen Reden hingewiesen.

Gegenwärtig werden in der Kindererziehung immer noch persönliche Regeln verworfen. Für Kinder gibt es keine Leitlinien, keine Lebensmuster und keine sogenannten „Benimmregeln“. Diese Unterlassungen sind nicht nur für die Gesamtheit und für die Familie gefährlich, sondern vor allen Dingen leidet das Kind selbst unter diesem Mangel. Wer täglich die Leitlinien seines Lebens, seinen Lebensstil selbst suchen muß, läuft in eine tiefe emotionale Verunsicherung mit fatalen Folgen: Unter den Psychologen besteht Einigkeit darüber, daß Kinder heute viel zu früh ohne Wertevermittlung alleingelassen werden, um die schwierige Aufgabe des leeren Raumes zu füllen. Es fehlt den Kindern der Widerstand, an dem sie wachsen können. Hierbei verausgaben sich die Jugendlichen, sie werden unsicher und lustlos. Für diese Pädagogik ist ausschließlich und allein die

Politik verantwortlich. Sie hat das Schiff treiben lassen, bis es mit der Pisa-Studie auf ein Riff lief. Die überdurchschnittlichen Leistungen katholischer Privatschulen zeigen, wie wichtig es ist, die Kinder mit Lebensregeln vertraut zu machen, die ihnen Halt und Geborgenheit vermitteln.

Freiheit ist heute nichts anderes als das Vergnügen zum Konsum in einer stillen Gesellschaft. Konsum bedeutet Reisen, Fernsehen, Porno, Lust ausleben und vom Staat den eigenen Lebensunterhalt fordern. Über die entscheidenden Themen, die uns heute bewegen, darf nicht gesprochen werden. Liberalismus zielt auf die Entfesselung des Egoismus, auf die Enthemmung von gemeinschaftlichem Denken. Die Enttabuisierung aller Regelungen innerhalb der menschlichen Beziehungen wird mit dem Argument der Menschenrechte begründet. Hierunter fällt die Gleichsetzung von Männergesellschaften mit Müttern und Familie, ebenso der sich gegen das ungeborene Leben richtende Ausspruch: „Mein Bauch gehört mir.“ Das andere Zauberwort heißt „Emanzipation“. Hiermit wird die Befreiung von den Zwängen der Gemeinschaft und von allen anderen

Zwängen gefordert. Es ist typisch für die heutige Zeit, daß Wörter wie „Gemeinwohl, deutsches Volk und Vaterlandsliebe“ als unkorrekte Unwörter gelten. Dies alles sind nicht die alleinigen, aber doch wichtige und bedeutende Ursachen für die heutige Gesamtmisere, in der wir uns befinden.

Wer die Vergangenheit nicht kennt, weiß nicht, was wir heute falsch machen. Und wir machen vieles falsch. Es sind nicht nur die Lohnnebenkosten. Wir müssen auch wissen, daß die Ursachen der Pisa-Studie und der Arbeitslosigkeit nicht bei den privaten Unternehmern oder bei „überirdischen“ Kräften, sondern ausschließlich in der Politik liegen. Es wird höchste Zeit, das zu erkennen. Adam Smith lebte rund 100 Jahre vor dem Kaiserreich, trotzdem hat sich Bismarck nicht gescheut, sich von seinen wissenschaftlichen Ideen und wirtschaftlichen Erfahrungen leiten zu lassen. In gleicher Weise würde es uns heute sehr von Nutzen sein, uns von den wirtschaftlichen Erfahrungen und Ideen Preußens leiten zu lassen. Es gibt Parallelen, die wir beherzigen sollten. Es ist eines der tadelnswerten Überheblichkeiten der heutigen politischen Klasse, die Gegenwart zu überschätzen und alle Lehren und Erfahrungen, die älter als 10 Jahre sind, zu verachten. Als Beispiel möchte ich hierzu die Bemühungen der bayerischen Wirtschaft zur Reformierung des deutschen Bildungssystems nennen. Typisch ist der Titel der beiden grundlegenden Bücher: „Bildung neu denken“. Wie wäre es, wenn man statt dessen zunächst die seit 1964 eingeführten Fehler in den Bildungseinrichtungen beseitigen würde? In der preußischen Bildungspolitik gibt es berühmte Namen, von August Hermann Francke bis zu Friedrich Theodor Althoff. Deutschland wurde unter dem Einfluß Preußens zur ersten Bildungs- und Wissenschaftsnation der Welt. 74 Männer und Frauen haben an diesem Werk der bayrischen Wirtschaft mitgearbeitet. Das preußische Bildungsministerium bestand nur aus 34 Beamten. Die Eigenständigkeit, wie sie von der bayerischen

Wirtschaft gefordert wird, war in Preußen bereits grundlegendes Erziehungsziel. Sollte Bildung heute wieder Erfolg haben, muß zunächst die Bevormundung der Bürger durch die Politik beendet werden. Man kann nicht Eigenständigkeit fordern, wenn man den Bürger als unselbständiges Objekt seiner Politik betrachtet.

Die Kenntnis des Altertums, seiner Schriftsteller und Philosophen, gaben den Menschen in Deutschland das Attribut, gebildet zu sein. Der Verzicht auf die geschichtliche und klassische Bildung verwandelt den modernen Menschen in ein schwankendes Rohr, das sich heute nach rechts und morgen nach links neigt. Grundsatztreue gilt als unmodern. Der sozialistische Politologe Professor Dr. Kurt Sontheimer, jetzt München, früher Berlin, sagte auf einer Historikertagung im Jahre 1981: „Ich halte es aus umerzieherischen Gründen für unverzichtbar, an der These vom preußisch-deutschen Kaiserreich und seinen Strukturen als Vorläufer Hitlers festzuhalten, und zwar unbeschadet der Richtigkeit dieser These. Nur dann kann der Weg zur Demokratisierung in Deutschland erfolgreich fortgesetzt werden.“ Dieses sozialistische Bekenntnis zur Manipulation unserer Geschichte erklärt treffender als manch andere Feststellung den Verzicht auf Fakten und Vergleiche.

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß sich der Sozialismus bereits auf leisen Sohlen unbemerkt über das gesamte öffentliche Leben ausgebreitet hat und heute selbst unseren privaten Lebenskreis beeinflusst.

Ein fundamentaler Unterschied zwischen der gegenwärtigen und der preußischen politischen Klasse besteht in ihrer Einstellung zur persönlichen und staatlichen Verschuldung. Als König Friedrich I. von Preußen im Jahre 1713 starb, hinterließ er seinem Nachfolger Friedrich Wilhelm I., dem späteren Soldatenkönig, einen zerrütteten und verschuldeten Staat. Die Personalkosten für die staatlich Bediensteten und die Aufwendungen für die Hofhaltung verschlangen den größten Teil der öffentlichen Einnahmen. Nur durch Anstrengung, Sparsamkeit und Strenge konnte Preußen wieder gesunden. Diese Gesundung setzte ein Ethiker ins Werk: König Friedrich Wilhelm, der Vater Friedrich des Großen. Die teure Hofhaltung löste er nach seinem Regierungsantritt

auf. Den Pferdebestand verminderte er von 600 auf 120 Pferde. Die Gehälter der Hofbediensteten strich er um mehr als die Hälfte zusammen. Auch die Hofküche blieb von seiner Sparsamkeit nicht verschont. 5 Mundköche, 8 Meisterköche, 3 Bretmeister, 3 Pastetenbäcker, 4 Konditoren und 24 andere Köche mußten sich eine andere Beschäftigung suchen. Nur 5 Personen duldet er künftig in der Küche. Im Jahre 1712 hatten die Personalkosten für den Hof insgesamt 175.000 Taler betragen. Jetzt schrumpften diese Kosten auf wenige Tausend zusammen. Gewaltig fuhr der Rotstift auch durch die Verwaltung. Ebenso durch das Pfründen- und Stellenwesen im Staat. Minister- und Generalsgehälter wurden auf 1/3 ihrer ursprünglichen Höhe herabgesetzt.

Friedrich Wilhelm hatte es zum Lebensgesetz für den preußischen Staat gemacht, den Staatshaushalt ohne Schulden zu führen. Der preußische Staat lebte unter Beanspruchung aller seiner Kräfte ganz aus sich selbst. Es war Friedrich Wilhelms staatsökonomisches Ideal, schuldenfrei zu wirtschaften. Der König und seine Beamten fühlten sich an des christlich-calvinistische Ethos gebunden, das eine Vertrauensbasis im preußischen Staat herstellte, die in Verwaltung und Rechtsprechung über 200 Jahre dauerte. Das Wort Friedrich Wilhelms an seine Nachfolger: „Macht keine Schulden und gebt nicht mehr aus als ihr einnehmt“, hatte als ethisches Gebot Gültigkeit bis zum Untergang des Deutschen Reiches 1918.

An dieser Stelle sollte an den preußischen Generalfeldmarschall und Reichspräsidenten von Hindenburg erinnert werden. Als Reichskanzler Brüning ihm 1931 die Notwendigkeit vortrug, die Beamtengehälter um 10 % zu senken, sagte der Reichspräsident: „Ich unterschreibe diese Notverordnung nur, wenn das Gehalt des Reichspräsidenten, also sein eigenes, und der Minister um 15 % und die Diäten der Abgeordneten um mindestens 12 % gesenkt werden.“ Mit dieser Gehaltssenkung änderte sich zwar die Wirtschaftslage insgesamt nicht, aber es war ein Zeichen, ein wichtiger Anstoß zur Akzeptanz der notwendig gewordenen Gehaltskürzungen.

Friedrich der Große hielt sich an diese Sparsamkeitsgebote gebunden, indem er in seinem Testament feststellte: „Eine Regierung muß sparsam sein, weil das Geld, das sie erhält, aus dem Blut und Schweiß des Volkes stammt. Das Geld ohne Rücksicht auf die Zukunft ausgeben, heißt handeln wie ein Tyrann und nicht wie ein Vater des Volkes. Denn nur die Völker sind glücklich, die unter der Herrschaft einer Regierung leben, die ihre Finanzen gut geregelt hat.“

Mit diesen Maximen preußischer Könige haben die Regierungen die Voraussetzungen geschaffen, unter denen sich die preußisch-deutsche Wirtschaft so atemberaubend entwickeln konnte. Von den 420.000 öffentlich Bediensteten im Deutschen Kaiserreich gehörten lediglich 45.000 Beamte dem höheren Dienst an. Heute sind über 4 Millionen öffentlich Bedienstete (Halbtagskräfte umgerechnet) zur Regierung und Verwaltung erforderlich, wovon wiederum 800.000 dem höheren Dienst angehören. In den Talk-Shows des Fernsehens, die weitgehend die Debatten in den Parlamenten ersetzen, wird über das Thema Staatskosten nicht gesprochen. Kein Wort wird dem Problem des föderalistischen Staats mit 16 Ländern gewidmet. 16 Minister mit über 300 Staatssekretären belasten den Staatshaushalt in unvertretbarem Umfang. Mit der Reduzierung der Zahl der Länder könnten Sparmaßnahmen getroffen werden, die die Staatsverschuldung senken und nicht weiter erhöhen. In Preußen waren wie bereits bemerkt 34 Beamte für Bildung, Universitäten und Schulen zuständig. Heute sind es 16 Ministerpräsidenten, 16 Minister und 32 Staatssekretäre sowie 130.000 öffentlich Bedienstete. Die Ab

teilung für Bildung und Schulen war in Preußen äußerst erfolgreich, in der Bundesrepublik Deutschland hat die aufgeblähte Bildungsbürokratie die PISA-Studie hervorgebracht und bundesweit 2.500 Lehrpläne in den Schulen. Ein Bildungs-Chaos, das für die Arbeitslosigkeit eine gehörige Mitverantwortung trägt.

Um die sozialistische Agitation gegen die Marktwirtschaft an den Universitäten abzuschwächen, hielt es der von 1892 bis 1899 amtierende Kultusminister Robert Bosse für angemessen, die Wirtschaftsprofessoren zu bitten, diffamierende Äußerungen über Unternehmer zu unterlassen, weil man nicht die Henne beschädigen dürfe, die für „uns“ goldene Eier lege. Für den wirtschaftlichen Erfolg des Kaiserreichs spielte auch die Psychologie eine große Rolle. 380.000 neue Arbeitsplätze entstanden jedes Jahr. Das bedeutete 380.000 Investitionsentscheidungen pro Jahr, denn für jeden Arbeitsplatz war und ist eine bestimmte Investition erforderlich. Hier zeigte sich das unbegrenzte Vertrauen der Unternehmer in die Stetigkeit und Glaubwürdigkeit des Staates, in seine Rahmenbedingungen und in den steuerlichen und gesetzlichen Freiraum, den der Staat ihnen gewährte. Seit Ludwig Erhard wissen wir, daß mindestens 50 % der Wirtschaft Psychologie ist. In der Gewerbeordnung Bismarcks vom Mai 1869 wird in § 105 bestimmt: „Die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den selbständigen Gewerbetreibenden und ihren Gesellen, Gehülften und Lehrlingen ist Gegenstand freier Übereinkunft.“ Heute kann der Unternehmer über sein Verhältnis zu den Mitarbeitern, und das gehört zu seinen wichtigsten Unternehmerentscheidungen, nicht mehr unabhängig entscheiden. Mitbestimmungsgesetz, Flächentarife und Medien lassen den Unternehmer in Deutschland zu einer Person unsozialer und zweitrangiger Qualität werden. Nach Ansicht des Instituts der deutschen Wirtschaft wird Deutschland mit der bedrückendsten gewerkschaftlichen Mitbestimmung der ganzen Welt belastet. Nicht die Unternehmer, sondern die Gewerkschaften haben heute den größten politischen und wirtschaftlichen Einfluß. Mit der Unternehmerschelte durch die Sozialdemokraten im April 2005 wird von diesem Übel der deutschen Wirtschaft abgelenkt. Jahrzehntlang haben die Gewerkschaften Lohnerhöhungen gefordert (und auch durchgesetzt), die über den Produktivitätsanstieg hinausgingen. Es war die Verletzung einer wirtschaftlichen Grundnorm. Dafür bezahlen wir heute mit einer hohen Arbeitslosigkeit.

Ein zu großer Teil der unternehmerischen Tätigkeit wird von der Einhaltung gesetzlicher Regulierungen und von der Auseinandersetzung und Abstimmung mit den Gewerkschaftsvertretern verbraucht. Es ist eine volkswirtschaftlich nicht mehr zu rechtfertigende Vergeudung unternehmerischer Energien. Ich nenne als Beispiel: Jeder Unternehmer muß neben vielen anderen Gesetzen noch folgende Gesetze kennen und sie zur Kenntnis der Mitarbeiter im Betrieb an geeigneter Stelle aushängen:

Jugendarbeitsschutzgesetz Arbeitszeitgesetz

Mutterschutzgesetz

Bundeserziehungsgeldgesetz Ladenschlußgesetz

Auszug aus dem BGB Arbeitsgerichtsgesetz

Beschäftigtenschutzgesetz

Sozialgesetz, Tarifverträge, Betriebsvereinbarungen

Vergleichen wir die Freiheit des Unternehmers im preußisch-deutschen Staat mit den unzähligen Behinderungen des Unternehmers in unserer heutigen Demokratie, dann können wir nur sehnsuchtsvoll im Interesse unserer Wirtschaft und im Interesse der vielen Arbeitslosen an diese Zeit zurückdenken, die unter preußischem Einfluß stand.

Abschließen möchte ich meine Ausführungen noch mit einigen bemerkenswerten Feststellungen des in Politik und Wissenschaft hoch angesehenen Professors Theodor Eschenburg, er war Staatsrechtler, lehrte in Tübingen und ist dort 1999 im 95. Lebensjahr gestorben. Eschenburg sagte:

1. Nach den guten Erfahrungen, die die Engländer und Amerikaner mit dem Mehrheitswahlrecht machen, sollten wir es auch einführen.
2. Nach dem Kriege wollten Konrad Adenauer und Carlo Schmidt keinen Bundesrat. Seine Einführung war ein großer Fehler.
3. Wir haben zu viele Länder. Sie belasten in unverhältnismäßiger Höhe den Staatshaushalt.
4. Mit 672 Abgeordneten ist der Bundestag nicht arbeitsfähig. 300 Abgeordnete reichen völlig aus. Auch die Länderparlamente müssen wesentlich abspecken.
5. Politiker sind feige. Die meisten kleben an ihren Posten, weil sie im zivilen Leben nie einen derartigen Lebensstandard und ein so hohes soziales Ansehen hätten erreichen können.
6. Man tut Bismarck Unrecht, wenn man Kohl mit ihm vergleicht.

In meinem Brandenburg-Preußen Museum in Wustrau wird mir oft die Frage gestellt, warum ist dieses erfolgreiche Preußen - Deutschland ohne Aufsehen und nahezu unmerklich von der politischen Bühne verschwunden? Meine Antwort darauf: Preußen ist nicht, wie es sozialistische Historiker behaupten, sozusagen aus eigenen innenpolitischen Versäumnissen untergegangen, sondern es wurde Opfer eines Ereignisses, das der bekannte amerikanische Außenpolitiker und Historiker George F. Kennan in seinem Buch „The decline of Bismarck's European order“ als Urkatastrophe Europas bezeichnet hat. Gemeint ist der Erste Weltkrieg.

Lloyd George, der britische Premierminister, sagte 1919 kurz nach Kriegsende: „Keiner der führenden Politiker dieser Zeit hat den Krieg wirklich gewollt. Sie glitten gewissermaßen hinein, oder besser, sie taumelten oder stolperten hinein, vielleicht aus Torheit.“ Dieser Auffassung folgt heute die überwiegende internationale Historikergemeinschaft. Mit deutschen Politikern, Fernsehmachern und Historikern müssen wir noch etwas Geduld haben, bis auch sie sich endlich diesen Einsichten anschließen.

Folgen wir den Gedanken von George F. Kennan, hatte der Krieg eine lange Vorgeschichte.

1. Der atemberaubende Aufstieg des Deutschen Reiches zur ersten Wirtschafts- und Wissenschaftsmacht ängstigte die anderen Großmächte. Die englische Behauptung, Deutschland beabsichtige den Sturz des britischen Imperiums, hatte den gleichen Propagandazweck wie im Jahre 2002 die Massenvernichtungsmittel im Irak für die amerikanische Propaganda. Eine solche Absicht des Deutschen Reiches läßt sich weder aus den Akten noch aus den Anmerkungen irgendeines Politikers nachweisen. Deutschland hatte keine Weltoberungspläne und nicht die geringsten Verdrängungsabsichten, Deutschland war friedlich und nicht der Fuchs inmitten harmlosen Federviehs.
2. Das von Frankreich eingefädelt Bündnissystem zwischen Rußland, Frankreich und England ängstigte andererseits die deutsche Regierung und erzeugte ein Gefühl des Bedrohtseins. Schon Bismarck litt unter dem Alptraum des Einkreiseltwerdens. Die Bedeutung dieses gegen Deutschland gerichteten Bündnissystems, das schon 1892 abgeschlossen und 1904 durch den Beitritt Englands ergänzt wurde, ist ein entscheidender, man kann sogar sagen der auslösende Grund für die Entstehung des Ersten Weltkrieges gewesen. Es war eines der wesentlichen Ursachen der Verspannungen innerhalb der europäischen

Großmächte. Es ist zwar zutreffend, aber der gegenwärtigen politischen Korrektheit nicht angemessen, der russischen Innenpolitik, der französischen Aggressivität und dem Bündnissystem zwischen England, Frankreich und Rußland die entscheidenden Ursachen für den Ausbruch des Krieges beizumessen. So jedenfalls sieht es Kennan.

Wir sollten endlich damit aufhören, ausschließlich die unmittelbaren Anlässe für den Beginn der Kampfhandlungen als die eigentlichen Ursachen für die europäische Tragödie zu betrachten. Diese Tragödie liegt vielmehr

in der Weigerung der Alliierten zum Abschluß eines Verhandlungsfriedens zum Jahreswechsel 1916/17. Nachdem die Länder in den Krieg „hineingeschliddert“ sind, ihn zu vermeiden unfähig waren, hätten sie wenigstens die Notwendigkeit zu seiner schnellstmöglichen Beendigung erkennen und alle Anstrengungen zu einem guten Verhandlungsfrieden unter Wahrung der Würde der Nationen ergreifen müssen, wie das so oft in der Geschichte der Staatsmänner Europas gelungen war. Während die Soldaten beider Seiten verbluteten, allein in den Schlachten an der Somme und vor Verdun fielen 1,7 Millionen Soldaten, trafen sich die Politiker der Ententemächte im Sommer 1916 zu einer Wirtschaftskonferenz in Paris, um dort die Niederwerfung der deutschen Wirtschaft als verbindliches Kriegsziel zu beschließen. Sie einigten sich darauf, den Zugang der deutschen Wirtschaft zu den Weltrohstoffreserven zu kontrollieren und Deutschland nach dem Krieg wirtschaftlich niederzuhalten. In den von den Alliierten diktierten Friedensbedingungen in Versailles fand diese Vereinbarung ihren Niederschlag.

Es fällt noch heute schwer, für den Fanatismus der englisch-französischen Politiker angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung Deutschlands, dem Herzen Europas, auch nur ein Wort des Verständnisses zu finden. Nur Deutschland hatte die Kraft und die Fähigkeit, die sich in den Vorkriegsjahren anbahnende, über die Grenzen der Nationalstaaten hinausreichende europäische Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik auszubauen und voranzutreiben, womit der alte Kontinent sich unter Bewahrung seiner dominierenden Stellung gegenüber den neuentstehenden Zentren in Amerika und Asien hätte erfolgreich behaupten können. Von einem funktionierenden Wirtschaftssystem hatten die alliierten Politiker keine Vorstellung. Auch der schon recht bekannte englische Nationalökonom Keynes hat die Vereinbarung auf der Pariser Wirtschaftskonferenz und die spätere Regelung des Versailler Vertrages aus wirtschaftlichen-, moralischen und politischen Gründen auf das schärfste verurteilt. Die Verhinderung eines Verhandlungsfriedens 1916 und 1917 ist vorwiegend auf die Beteiligung der USA am Ersten Weltkrieg zurückzuführen. Nicht der Ausbruch des Ersten Weltkrieges, sondern seine unmoralische und traditionswidrige Beendigung ist die eigentliche Tragödie Europas. Das Deutsche Reich hat auf stillen Wegen über die Schweiz, über Schweden und über die katholische Kirche Friedensfühler ausgestreckt. Französische Historiker haben wiederholt die Ernsthaftigkeit dieser Bemühungen betont, auch wenn deutsche Historiker diese Ernsthaftigkeit bestreiten. Seit Dezember 1916 wußten England und Frankreich, daß sich Amerika aktiv am Krieg beteiligen wird. Man wartete nur auf die Entscheidung der deutschen Regierung zum unbeschränkten U-Boot-Krieg, um einen Vorwand für den direkten Kriegseintritt zu haben. Mit dieser Gewißheit im Rücken waren Franzosen und auch Engländer zu keinem Verhandlungsfrieden bereit, obwohl beide bereits aus dem letzten Loch piffen.

Millionen von Soldaten hätten nicht ihr Leben verlieren müssen, wenn sich die Alliierten zu einem Friedensgespräch bereit gefunden hätten. Das Verhängnis Europas nahm seinen Lauf.

Stand: 29.04. 2005 **Vita**

Lebenslauf Ehrhardt Bödecker

Ehrhardt Bödecker, 1925 in Zwickau (Sachsen) geboren, verheiratet seit 1956: Sohn, Tochter und vier Enkelkinder. Kriegsteilnehmer 1943 bis 45, schwer verwundet. Studium von Jura, Wirtschaft und Geschichte in Berlin und USA. Amtsrichter, Verwaltungsrichter und Rechtsanwalt in Berlin. Seit 1966 selbständiger Bankier der Weberbank. Überaus erfolgreich. Mit 70 Jahren Ruhestand und Wahl in den Aufsichtsrat. Zum Preußenjahr 2001 Eröffnung eines eigenen und selbstgestalteten Brandenburg-Preußen Museums in Wustrau (Brandenburg). Autor von: Preußen und die Wurzeln des Erfolgs, Olzog-Verlag, München 2004, sowie Die europäische Tragödie, v. Hase und Koehler Verlag, Mainz 1998